Sachverhalt

Ganztägige Bildung, Betreuung und Erziehung im Grundschulalter

**Hier: Anträge der Stadtratsfraktion Bündnis90/Die Grünen vom 03.08.2018,
des Stadtrates der FDP vom 13.06.2019 und
der Stadtratsfraktion der CSU vom 29.07.2019**

Ausgangssituation

Ganztägige Bildung, Betreuung und Erziehung hat in der Stadt Nürnberg seit vielen Jahren einen besonders hohen Stellenwert. So wurde bereits 2006 ein erstes Hortnotprogramm zur Schaffung von zusätzlichen Plätzen in Kinderhorten aufgelegt und durch die großen Anstrengungen in den letzten Jahren konnte das Angebot der ganztägigen Bildung, Betreuung und Erziehung im Grundschulalter bereits stark ausgebaut werden: Während 2002 in Nürnberg noch 2.994 Kinderhortplätze zur Verfügung standen, konnten im Schuljahr 2018/2019 bereits insgesamt 7.780 Plätze in Kinderhorten und Zentralhorten angeboten werden.

Obwohl die unterschiedlichen Statistiken (Schulstatistik und Jugendhilfestatistik) keine exakte Auskunft ermöglichen, kann auf kommunaler Ebene eine Gesamtversorgungsquote auf Basis von Platzzahlen ermittelt werden. Die bestehenden 7.138 Plätze in Horten und 642 Plätze in Zentralhorten wurden im Schuljahr 2018/2019 insgesamt durch 3.221 Plätze in der Mittagsbetreuung sowie 210 Plätze in offenen Ganztagsgruppen und ungefähr 220 Plätzen in gebundenen Ganztagsklassen (ohne Integrierte Ganztagsbildung) ergänzt. Insgesamt standen somit im Schuljahr 2018/2019 für rund 72% der Schülerinnen und Schüler an öffentlichen Grundschulen Plätze der ganztägigen Bildung, Betreuung und Erziehung zur Verfügung.

Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter

Im März 2018 vereinbarte die amtierende Bundesregierung bestehend aus CDU/CSU und SPD im Koalitionsvertrag unter anderem die Einführung eines Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für alle Kinder im Grundschulalter ab 2025. Die Stadt Nürnberg verfügt mit dem „Nürnberger Weg“, dem Masterplan und Modellprojekten bereits über Instrumente zur Umsetzung des Rechtsanspruchs. In der gemeinsamen Schul- und Jugendhilfeausschusssitzung vom 30.11.2017 wurde „Der Nürnberger Weg in der ganztägigen Bildung, Betreuung und Erziehung von Grundschulkindern“ vorgestellt. Der „Nürnberger Weg“ ist eine zwischen dem Geschäftsbereich Schule und Sport und dem Referat für Jugend, Familie und Soziales gemeinsam entwickelte und abgestimmte Konzeption für die Planung und Verantwortung der ganztägigen Bildung, Betreuung und Erziehung von Grundschulkindern. Die Konzeption betont die gemeinsame Planungs- und Steuerungsverantwortung beider Geschäftsbereiche als gemeinsame Aufgabe. Im Fokus stehen dabei Standorte mit Baumaßnahmen (Neubau/Erweiterung) und gemeinsame Angebotsformen von Jugendhilfe und Schule. Im Nürnberger Weg wurde als Ziel festgelegt „eine Versorgungsquote von 80% zu erreichen (bei Einführung eines Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung 90%), wovon mindestens 60% als verbindliches Angebot mit längerer Betreuungsdauer von pädagogischen Fachkräften inklusive Früh-, Spät-, Freitagnachmittags- und Ferienbetreuung angeboten wird.“ Damit wurde die bisher gültige Ausbaustrategie von 60% Hortversorgung und 20% schulische Angebote (Mittagsbetreuung sowie offener und gebundener Ganztags) an Standorten mit Baumaßnahmen (Neubau/Erweiterung) zu einer Gesamtversorgungsquote von mindestens 80%, perspektivisch 90%, in einem qualitativ hochwertigen Angebot mit Fachkräften zusammengeführt.

Seit 2014 dient der von Geschäftsbereich Schule und Sport und Referat für Jugend, Familie und Soziales gemeinsam entwickelte Masterplan als kommunales Planungsinstrument für den bedarfsgerechten Ausbau der ganztägigen Bildungs-, Betreuung- und Erziehungsangebote. Damit verfügt die Stadt Nürnberg als eine der wenigen Städte bereits über ein etabliertes Steuerungsinstrument, das nicht nur die schulischen Planungen und die Planungen der Jugendhilfe integriert, sondern auch das Stadtplanungsamt und das Amt für Stadtforschung und Statistik am Planungsprozess beteiligt. Der „Nürnberger Weg“ war bereits 2018 Grundlage für die weiteren

Planungen in der Fortschreibung des Masterplans, der im gemeinsamen Jugendhilfe- und Schulausschuss am 28.06.2018 einstimmig beschlossen wurde. Unter anderem wurde festgelegt, dass „für jeden Schulsprengel ein abgestimmtes Betreuungs- und Bildungsangebot entwickelt wird, das verschiedene schulische und außerschulische Angebote kombiniert, Konkurrenzsituationen minimiert, Bestandsschutz für Horte gewährt und den Vorgaben des ‚Nürnberger Wegs‘ entspricht.“ Durch die unterschiedlichen Versorgungsquoten von 80%, 90% und 100% wird zum einen auf die unterschiedlichen Bedarfe der Familien in den Stadtteilen eingegangen und andererseits werden durch die konkreten Baumaßnahmen die tatsächlich bestehenden Entwicklungsmöglichkeiten vor Ort ausgeschöpft.

2019 wurde der Masterplan erneut fortgeschrieben und im gemeinsamen Jugendhilfe- und Schulausschuss am 27.06.2019 beschlossen. In dieser Fortschreibung wurde unter anderem festgelegt, dass bei der Entwicklung neuer Schulstandorte oder größerer baulicher Erweiterungsvorhaben mit einer langfristigen Realisierungsperspektive bereits jetzt der ab 2025 geltende Rechtsanspruch bei den Planungen mit einer 90%igen Versorgungsquote zugrunde gelegt wird. Bei ausgewählten neuen Schulsprengeln, bei denen das Ganztagsbetreuungsangebot komplett in einem qualitativen hochwertigen Campusangebot (ohne ergänzende Horte im Sprengelgebiet) realisiert werden soll, wird die Versorgung dauerhaft sichergestellt indem eine 100%ige Versorgung realisiert wird. Laufende Projekte, die bereits weit fortgeschritten sind, werden dabei mit den bisherigen 80% belassen, um keine langwierigen Umplanungen zu verursachen. Im Masterplan 2019 wurden für die Schulsprengel mit A-Maßnahmen die geplanten Platzzahlen differenziert nach Betreuungsform dargestellt und folgende Versorgungsquoten beschlossen:

- Max-Beckmann-Schule (Sprengel-Nr. 8): 80%
- Henry-Dunant-Schule (Sprengel-Nr. 11): 90%
- Erich-Kästner-Schule (Sprengel-Nr. 12): 80%
- GS Ziegelstein (Sprengel-Nr. 19): 80%
- GS Wahlerschule (Sprengel-Nr. 22): 80%
- GS Insel Schütt (Sprengel-Nr. 25): 80%
- Martin-Luther-King-Schule (Sprengel-Nr. 31) 90%
- Friedrich-Hegel-Schule (Sprengel-Nr. 34) 80%
- GS Paniersplatz (Sprengel-Nr. 39): 80%
- Reutersbrunnenschule (Sprengel-Nr. 42): 90%
- Scharrerschule (Sprengel-Nr. 47): 90%
- Ludwig-Uhland-Schule (Sprengel-Nr. 54): 80%
- Friedrich-Wanderer-Schule (Sprengel-Nr. 56): 90%
- Dep. Zugspitzstraße der Gretel-Bergmann-Schule: in Bearbeitung
- Maiacher Straße (Sprengel-Nr. 32): 80%
- Friedrich-Wilhelm-Herschel-Schule (Nr. 21): 90%
- Regenbogenschule (Sprengel-Nr. 41): 80%
- GS Nürnberg-Eibach (Sprengel-Nr. 14): 90%
- Theodor-Billroth-Schule (Sprengel-Nr. 9): 80%
- GS Bismarckstraße (Sprengel-Nr. 10): 80%
- Bartholomäus-Schule (Sprengel-Nr. 62): 80%
- De. Siedlerstraße der GS Zerzabelshof: 90%
- Konrad-Groß-Grundschule (Sprengel-Nr. 37): in Bearbeitung
- Astrid-Lindgren-Schule (Sprengel-Nr. 45): in Bearbeitung
- Grundschule Laufamholz (Sprengel-Nr. 33): in Bearbeitung
- Grundschule Forcheimerstraße (Neuer Sprengel): 100%
- Grundschule Brunecker Areal (Neuer Sprengel): 100%
- Grundschule Tiefes Feld (Neuer Sprengel): 100%
- Grundschule West (Neuer Sprengel): 100%
- Grundschule Süd (Neuer Sprengel): 100%
- Grundschule Knoblauchsland (Neuer Sprengel): 100%
- Carl-von-Ossietzky (Sprengel-Nr. 38): in Bearbeitung

In der Stadt Nürnberg wird der absehbare Rechtsanspruch für jeden Grundschulstandort einzeln geplant und realisiert. Dazu werden im Masterplan diejenigen Schulstandorte betrachtet, an denen im Planungszeitraum bauliche Maßnahmen anstehen. Darüber hinaus gibt es Schulstandorte, für die aktuell keine Baumaßnahmen geplant oder möglich sind und für die damit die Gesamtversorgungsquote bis 80 % gilt. Zudem kann die Reaktion der Eltern auf die Einführung eines Rechtsanspruchs und damit ein möglicherweise veränderter Betreuungsbedarf nicht vorhergesagt werden. Auch deshalb wird auf die Festlegung einer generellen stadtweiten Betreuungsquote ebenso wie auf eine Gesamtzahl verzichtet. Horte stellen weiterhin eine der zentralen Säulen in der Versorgung dar, wobei in Zukunft ein Fokus auf gemeinsame Angebote in der Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule gelegt werden soll. Die angestrebten Betreuungsquoten werden daher für jeden Grundschulstandort individuell festgelegt und gleichzeitig auf den Standort angepasste konkrete Lösungen entwickelt. Der Ausbau wird dabei nicht nur rein quantitativ, sondern auch qualitativ geplant, da nur ein qualitativ hochwertiges und verlässliches Angebot angenommen wird und sich positiv auswirkt. Das Bundesjugendkuratorium benannte beispielsweise hierfür notwendige Standards in seinem Zwischenruf¹. In der Planung soll auch die Perspektive der Kinder berücksichtigt werden, sodass sie sich in den Angeboten nachhaltig beteiligen und ihre Lebenswelt gestalten können.

Rhythmisierte Ganztagsangebote bei einem Rechtsanspruch

Der Ausbau von gebundenen Ganztagsangeboten in der Stadt Nürnberg wird im Rahmen des Masterplans ebenfalls geplant. Aktuell ist der Umfang des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung noch nicht klar geregelt. Zur Einführung des Rechtsanspruchs wurde eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe gegründet, die sich auf eine Berechnungsgrundlage verständigt hat. Diese definiert den Umfang des Rechtsanspruchs auf 40 Wochenstunden (5 Tage mit jeweils 8 Stunden) sowie 10 Ferienwochen. Die gebundene Ganztagschule in Bayern, wie sie in der Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst vom 31. Januar 2018 festgelegt ist, erfüllt diese Kriterien nicht, da sie weder den Freitagnachmittag noch die Ferienzeit abdeckt. Ein Ausbau von gebundenen Ganztagsangeboten an Grundschulen in dieser Form kann somit mit Blick auf einen absehbaren Rechtsanspruch nicht erfolgen. Bisher setzte die Stadt Nürnberg zurückhaltend auf den gebundenen Ganztags, da die Förderung des Freistaats Bayern für ein qualitativ hochwertiges Bildungs- und Betreuungsangebot durch pädagogische Fachkräfte und Lehrkräfte nicht ausreichend ist. Möglicherweise wird in Zukunft die gebundene Ganztagschule auf den Freitagnachmittag erweitert, eine Ausweitung des schulischen Angebots in die Ferienzeit wird bisher allerdings grundsätzlich abgelehnt. Damit können gebundene Ganztagsangebote rechtsanspruchskonform aktuell nur in einer gemeinsamen Angebotsform von Jugendhilfe und Schule erfolgen. Mit den Modellen der Integrierten Ganztagsbildung und der Kooperativen Ganztagsbildung können rhythmisierte Ganztagschulformate in Zusammenarbeit mit der Jugendhilfe angeboten werden. Im Modell der Kooperativen Ganztagsbildung kann dabei der gebundene Ganztags maximal mit einem Anteil von einem Drittel angeboten werden, da ansonsten die Hortstrukturen zu klein für die notwendige Kooperation sind. Die Integrierte Ganztagsbildung und die Kooperative Ganztagsbildung sind bislang als Modellprojekte eingeführt worden. Ein Ausbau kann somit kommunal nicht verlässlich geplant werden und im Masterplan können die Standorte nur als zu prüfende Optionen benannt werden. In der Fortschreibung 2019 finden sich bei Neubau oder Erweiterungen folgende Schulstandorte, bei denen bei entsprechender Finanzierung der Betriebskosten ein Angebot in rhythmisierter Form in Kooperation von Jugendhilfe und Schule theoretisch möglich wäre:

- Henry-Dunant-Schule (West)
- Friedrich-Hegel-Schule (Nord)
- Reutersbrunnenschule (West)
- Scharrerschule (Ost)
- Friedrich-Wilhelm-Herschel-Schule (Süd)
- Konrad-Groß-Grundschule (Ost)
- GS Forcheimer Straße (Nord)
- GS Brunecker Areal (Süd)
- GS Tiefes Feld (West)
- GS West (West)
- GS Süd (Süd)

¹ siehe: https://www.bundesjugendkuratorium.de/assets/pdf/press/zwischenruf_ganztags.pdf

- GS Knobauchsland (Nord)

Grundsätzlich eröffnet Art. 32 Abs. 4 Satz 2 BayEUG dem Schulaufwandsträger die Möglichkeit für Grundschulen mit gebundenen Ganztagsklassen einen Antrag auf Bildung eines gesonderten Ganztagssprengels über das Staatliche Schulamt bei der zuständigen Regierung zu stellen. Hiervon wurde in Nürnberg nicht Gebrauch gemacht. Damit ist das Ganztagsangebot erstmal nur für Kinder aus dem eigenen Sprengel zugänglich. Der Grundsatz „Kurze Beine – kurze Wege“ spricht gegen Sprengelöffnungen im Grundschulbereich. Im Kontext eines möglichen Rechtsanspruchs ist es Ziel in jedem Sprengel Formen der ganztägigen Bildung, Betreuung und Erziehung anzubieten und damit den Bedürfnissen der Familien und Kinder an der jeweiligen Sprengelschule gerecht zu werden. Kinder aus anderen Sprengeln können jedoch mit Zuweisung des Staatlichen Schulamts gemäß Art. 43 Abs. 2 Nr. 1 alt. 2 BayEUG einer Klasse im gebundenen Ganztags zugewiesen werden. Dadurch können die bestehenden Grundschulen mit gebundenen Ganztagsklassen Kinder aus dem gesamten Stadtgebiet aufnehmen, sofern Kapazitäten vorhanden sind.

Die Integrierte Ganztagsbildung hat sich seit dem Schuljahr 2016/2017 an der Michael-Ende-Schule erfolgreich etabliert. Das traditionelle Muster der Bildung und Betreuung von Kinder im Grundschulalter – vormittags Schule, nachmittags Hort – wird dort aufgebrochen. An die Stelle räumlich und organisatorisch voneinander getrennter Institution tritt die gemeinsame Verantwortung und Umsetzung der Integrierten Ganztagsbildung. Das Konzept der Integrierten Ganztagsbildung wurde im Schul- und Jugendhilfeausschuss am 30.11.2017 vorgestellt.

Die Kooperative Ganztagsbildung wird seit dem Schuljahr 2019/2020 an der Gretel-Bergmann-Schule (Standort Bertolt-Brecht-Straße) mit Kinderhort Bertolt-Brecht-Straße umgesetzt. Diese Betreuungsform zeichnet sich durch die gemeinsame Verantwortung von Jugendhilfe und Grundschule aus. Am Standort selbst ist nur ein Kooperationspartner tätig. Es besteht eine Wahlmöglichkeit zwischen den Betreuungsformaten Hort-Klassik, Mittagshort und gebundenere Ganztagschule (in Kooperation mit dem Hort). In der gemeinsamen Sitzung des Jugendhilfe- und Schulausschusses am 27.06.2019 wurde ein Werkstattbericht zur Kooperativen Ganztagsbildung vorgelegt. Während der Modellphase soll die Konzeption erprobt werden, um sie anschließend auszubauen und auch freie Träger dafür zu gewinnen. Das Modellprojekt Kooperative Ganztagsbildung soll laut Beschluss im bayerischen Ministerrat an 50 Modellstandorten erfolgen. Die Ausweitung von 13 auf 50 Standorte sollte aus kommunaler Sicht zeitnah und zügig erfolgen, um eine Evaluation und Weiterentwicklung zu einer Regelfinanzierung zu ermöglichen. Ungeklärt ist im Zusammenhang mit dem Rechtsanspruch weiterhin die Zukunft der Mittagsbetreuung.

Angebote in den Ferien

In Nürnberg gibt es seit vielen Jahren ein etabliertes und umfangreiches Angebot für Kinder in den Ferien. Mit der Ferienbetreuung bietet das Jugendamt in Zusammenarbeit mit anerkannten Trägern über das Stadtgebiet verteilt an mehreren Standorten attraktive Angebote zur ganztägigen und verlässlichen Betreuung von Kindern vom Vorschulalter bis zur 6. Klasse an. Beispielsweise wurden 2018 insgesamt rund 2.200 Plätze angeboten, in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 28.09.2017 wurde über das Angebot zuletzt berichtet.

Mit dem Ferienprogramm hält das Jugendamt in Zusammenarbeit mit anerkannten Trägern eine Fülle an Angeboten in den Pfingst- und Sommerferien bereit. Darunter sind Veranstaltungen, die ein paar Stunden dauern, aber auch ganz- und mehrtägige Erlebnisangebote oder Tagesausflüge. Darüber hinaus führen die Jugendverbände des Kreisjugendring Nürnberg-Stadt vielfältige Ferienfahrten und Ferienprogramme durch. Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit, z. B. Kinder- und Jugendhäuser oder Aktivspielplätze, haben ebenfalls eigene Angebote in den Ferien.

Kindertageseinrichtungen können einzelne Kinder zur Ferienbetreuung aufnehmen. Voraussetzung hierbei ist, dass genügend Plätze in den Ferien frei sind. Bei Kindertageseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft ist es möglich Geschwisterkinder oder ehemalige Kinder für mindestens zwei Wochen in den Ferien zusätzlich aufzunehmen, wenn genügend Ressourcen zur Verfügung stehen. Grundsätzlich ist jedoch anzumerken, dass eine Aufnahme von einzelnen Kindern ausschließlich in der Ferienzeit in einen Hort oder Kindergarten pädagogisch nicht empfehlenswert ist. Kindertageseinrichtungen arbeiten

langfristig mit den Kindern, weshalb feste und konstante Gruppenstrukturen bestehen. Einzelnen Kindern fällt es meist schwer, sich innerhalb der Gruppe zurecht zu finden und an den langfristigen Gruppenprozessen zu partizipieren, wenn sie nur kurzzeitig hinzukommen. Das Modell der Kooperativen Ganztagsbildung bietet perspektivisch allen Kindern eines Grundschulstandortes eine Ferienbetreuung an, einschließlich der Kinder im gebundenen Ganztags. Welches Angebot in den Ferien den individuellen Interessen und Bedarfen des einzelnen Kindes am besten gerecht wird, ist im Einzelfall zu entscheiden.

Da die konkrete Ausgestaltung des möglichen Rechtsanspruchs ab 2025 noch nicht bekannt ist, kann an dieser Stelle keine Aussage darüber getroffen werden, inwiefern die hier dargestellten Angebote in den Ferien diesen Rechtsanspruch erfüllen werden.

Schulversuch „Fachkraft für Grundschulkindbetreuung“

Der Ausbau der Angebote der ganztägigen Bildung, Betreuung und Erziehung in der Stadt Nürnberg erfordert neben den räumlichen, finanziellen und pädagogisch-konzeptionellen Voraussetzungen auch ausreichend pädagogische Fachkräfte. Eine grundsätzliche Berichterstattung im gemeinsamen Ausschuss zum Thema Fachkräfte, einschließlich Fachkräftebedarf, Ausbildungsmöglichkeiten und Planungen ist vorgesehen. Im März haben die beiden Staatsministerien für Familie, Arbeit und Soziales und für Unterricht und Kultus zum Schulversuch „Fachkraft für Grundschulkindbetreuung“ aufgerufen. Die Ministerien erwägen, mit einer stark verkürzten Ausbildung zur benannten Fachkraft die komplexen Aufgaben der Betreuung von Grundschulkindern mit den aufkommenden Bedarfen, im Hinblick auf den geplanten Rechtsanspruch, decken zu können. Im Frühjahr 2019 haben sich das Jugendamt und das Amt für Berufliche Schulen auf eine Interessensbekundung verständigt. Nachdem im Juni 2019 eine Konkretisierung des Schulversuchs vorlag, wurde in einer Arbeitsgruppe die modellhafte Beteiligung und Umsetzung für Nürnberg geprüft. An der Arbeitsgruppe unter Federführung des Jugendamts waren neben dem Amt für Berufliche Schulen und der Berufsschule 10 (Fachakademie für Sozialpädagogik und Berufsfachschule für Kinderpflege) auch das Personalamt, das Amt für Digitalisierung, IT und Prozessorganisation und der Personalrat beteiligt.

In den aktuell vorliegenden Informationen zum Schulversuch gibt es immer noch Lücken hinsichtlich der Überlegungen zur möglichen Weiter- bzw. Anschlussqualifizierung als „allgemeine“ Fachkraft sowie der Rahmenbedingungen an sich. Grundsätzlich ist die Ausbildung auf zwei Jahre angelegt. Das erste Jahr ist als eine rein schulische Ausbildung ohne Vergütung vorgesehen. Das zweite Ausbildungsjahr soll analog dem Berufspraktikum der Regelausbildung vergütet werden und vor Ort stattfinden. Eine große Herausforderung ist das erste Ausbildungsjahr ohne Vergütung, da Aufstiegs-Bafög nur von Personen bis 30 Jahre in Anspruch genommen werden kann. Auch eine Finanzierung über Bildungsgutscheine der Bundesagentur für Arbeit oder des Jobcenters scheidet aus, da die städtische Fachakademie nicht über die notwendige Zertifizierung verfügen kann. Nach dem Abschluss der Ausbildung wäre der Einsatz ausschließlich im Hortbereich möglich, und damit beispielsweise auch in einer altersübergreifenden Einrichtung (Haus für Kinder) auf den Hortbereich beschränkt. Die Eingruppierung könnte in S4 erfolgen. Die Arbeitsgruppe beurteilte auch die anschließende Möglichkeit der verkürzten Regelausbildung kritisch, weil es unwahrscheinlich ist mit den Voraussetzungen dieser Ausbildung den Einstieg in das zweite Ausbildungsjahr der Regelausbildung tatsächlich zu schaffen. Eine Marktanalyse zeigte, dass nur wenige Berufsschulstandorte bereits im Schuljahr 2019/2020 beginnen und dass die Resonanz insgesamt für das Angebot eher überschaubar ist und die notwendige Klassenstärke nur knapp erreicht wird. Interessant ist, dass das Alter der Auszubildenden häufig deutlich über 30 Jahren liegt und dass die am Schulversuch teilnehmenden Fachakademien nicht an OptiPrax teilnehmen.

Die Arbeitsgruppe sieht zwar einen hohen Bedarf die Ausbildungskapazitäten für Nürnberg auszubauen, allerdings keinen nachhaltigen Mehrwert darin am Schulversuch „Fachkraft für Grundschulkindbetreuung“ teilzunehmen. Stattdessen soll die OptiPrax-Ausbildung (bisher zweizügig) im Rahmen der geplanten Verstärkung des Modellversuches nach dem 5. Jahr zum Schuljahr 2020/2021 um eine zusätzliche Ausbildungsklasse ausgebaut werden. Damit erhöhen sich die Ausbildungskapazitäten insgesamt, das fachliche Niveau bleibt erhalten und es müssen keine neuen Strukturen für ein weiteres Ausbildungsangebot entwickelt und implementiert werden. Der Vorteil der OptiPrax-Auszubildenden ist, dass sie nach Abschluss der Ausbildung zum Erzieher oder zur Erzieherin

in allen Einrichtungsarten der Kindertageseinrichtungen (Krippe, Kindergarten, Hort und altersübergreifend) aber auch in allen anderen Bereichen wie offene Kinder- und Jugendarbeit oder im Heimbereich eingesetzt werden können. Die Stadt Nürnberg wird sich dennoch am Schulversuch beteiligen, indem sie vergütete Praktikumsplätze in städtischen Kindertageseinrichtungen anbietet, für die bereits vereinzelt Anfragen vorliegen.